



Eine Perspektive für ältere Menschen in der Corona-Krise

Einen Weg zur mehr familiären Begegnungen und sozialen Kontakten zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts entwickeln

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 12. Mai 2020

- I. Senioreninnen und Senioren zählen zu den besonderen Risikogruppen bei SARS-Cov-2. Sie benötigen den besonderen Schutz und die Rücksichtnahme der Gemeinschaft. Um eine hochgefährliche Ausbreitung des Virus unter den älteren Menschen und in Seniorenheimen zu verhindern, wurden Besucherstopps verhängt, die derzeit gelockert werden. Auch zu Hause lebende Senioren verzichten seit Wochen auf Besuch und persönliche Begegnungen mit Angehörigen und Freunden. Diese Situation hat die betroffenen Menschen und ihre Angehörigen und Freunde seit vielen Wochen beschwert.

Die Senioren selbst und ihre Familien gehen in der Regel sehr verantwortungsvoll mit dieser Situation um. Dafür danken wir ihnen und bitten sie, sich auch weiterhin an die Empfehlungen und Vorgaben zu halten. Wir danken allen Pflegerinnen und Pflegern, die Überstunden machen und kreative Ideen entwickeln, um Einsamkeit und Sorgen zu lindern.

Wir danken den Einrichtungen, die zum Beispiel Tablets und Smartphones beschaffen, damit die Senioren Videotelefone führen können. Wir danken den Angehörigen für ihre Geduld, denn sie schützen nicht nur die Gesundheit ihrer Eltern und Großeltern, sondern auch die der anderen Bewohner. Und wir danken den vielen Haupt- und Ehrenamtlichen, die telefonisch oder per Brief Kontakt halten, Fensterkonzerte organisieren und Einkäufe erledigen. Für viele Menschen, Betroffene wie Angehörige und Freunde, die Distanz halten sollen, sind diese engagierten Menschen Engel in einer schwierigen und unsicheren Zeit.

- II. Gesundheitsschutz steht an erster Stelle. Risikogruppen haben ein Recht auf Schutz und Rücksichtnahme im Angesicht dieser lebensbedrohlichen Erkrankung. Jedoch leiden viele Seniorinnen und Senioren auch unter der Einsamkeit. Ihnen fehlen schmerzlich das Gespräch und die Umarmungen mit ihren Kindern und Enkeln. Kontakte zu anderen Menschen halten geistig fit. Fallen sie weg, wirkt sich dies sehr schnell auf den kognitiven, emotionalen und auch körperlichen Zustand aus. Isolation und Einsamkeit können krank machen. Sie führen zu Depressionen und körperlichem Abbau. Diesen engen Zusammenhang beobachten viele Angehörige und machen sich große Sorgen.

Die Seniorinnen und Senioren in Deutschland und ihre Familien brauchen eine Perspektive, welchen guten Weg ihr familiäres und soziales Leben wieder gehen kann. Die Vorstellung, noch über Monate oder sogar Jahre die betagten Eltern im Senioren- oder Pflegeheim oder auch zu Hause nicht besuchen zu können, hat bei vielen Menschen Besorgnis ausgelöst. Dieses muss uns politisch treiben, wir stehen in einer besonderen sozialethischen Verantwortung Gesundheitsschutz und die Bedarfe nach Begegnung und Kontakt auszuwogen wahrzunehmen und Perspektiven zu vermitteln.

- III. Wir begrüßen daher ausdrücklich den Beschluss der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten vom 6. Mai, Kontakte mit einzelnen Personen zuzulassen. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einem abgestimmten Vorgehen und

Leitlinien bezüglich der Voraussetzungen und Kriterien für künftige Kontakte älterer Menschen. Eine flächendeckende und vollständige Isolation älterer Menschen darf nicht dauerhaft sein.

Bei dem weiteren Vorgehen ist uns, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, besonders wichtig:

- Infektionsrisiken müssen minimiert werden. Die Seniorinnen und Senioren und die Angehörigen, die im häuslichen und familiären Umfeld leben, sind weiterhin über die besonderen Verläufe der Pandemie und die besonderen Risiken für ältere Menschen aufzuklären, zu beraten und zu unterstützen. Diese Angebote von Beratung und Unterstützung sollen auch mit Blick auf künftige vergleichbare Situationen unter anderem durch den Ausbau organisatorischer Strukturen gestärkt werden und die Ansprache von Familien proaktiver erfolgen. Der Gesundheitsschutz in Einrichtungen der Seniorenpflege muss für alle Bewohnerinnen und Bewohner verstärkt gewährleistet sein.
- Wo es unter den Voraussetzungen des Infektionsschutzes Alternativen zur vollständigen Isolation gibt, sollten diese ermöglicht werden. Dazu gehören zum Beispiel räumlich getrennte Besuchsräume mit Schutzvorrichtungen in den Seniorenheimen, feste Kontakt- und Ansprechpersonen und Schutzbekleidung für alle Beteiligten. Wenn die Vorsichtsmaßnahmen, insbesondere die Abstandsregeln, eingehalten werden, dann müssen familiäre und soziale Begegnungen schrittweise wieder ermöglicht werden.
- Die Menschenwürde muss dabei immer gewahrt und die Bedürfnisse und Wünsche der betroffenen Personen müssen in Entscheidungen einbezogen werden. Das betrifft sowohl das Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz als auch das nach familiären Kontakten. Auch Isolationsvorschriften müssen sich an dieser Menschenwürde ausrichten. Das Zulassen familiärer Begegnungen und sozialer Kontakte bleibt Teil der ethischen Norm und der Bedingungen eines guten Lebens. Dies muss wieder stärker mitbedacht werden.
- Körperliche und seelische Schäden durch die Isolation müssen abgewendet werden. Unter Voraussetzung des Infektionsschutzes sollten Einzellösungen für die Fälle ermöglicht werden, in denen solche Schäden drohen. Hierfür braucht es ein Netzwerk von Beratung insbesondere aus dem kirchlichen oder anderweitig gemeinnützigen und sozialen Bereich.
- Sterbebegleitung und würdevoller Abschied müssen möglich sein. Auch für die gute und verlässliche Struktur der ehrenamtlichen Sterbebegleitung, die wir in Deutschland aufgebaut haben, brauchen wir Kriterien, unter welchen sie in Zukunft stattfinden kann. Gerade aus christlicher und christdemokratischer Sicht ist die Begleitung schwerstkranker, sterbender Menschen auf ihrem letzten Weg Teil eines würdevollen Lebens. Besonders in schwierigen

Zeiten müssen wir Familien hierbei die Unterstützung geben, die sie dringend benötigen.

- Auch zu Hause brauchen die Menschen Kriterien, an denen sie sich orientieren können. Das betrifft sowohl den zeitlichen Rahmen der Kontaktbeschränkungen in den nächsten Monaten als auch Bedingungen, die bei einem Besuch eingehalten werden sollten. Der besonderen Schutzanforderungen der Seniorinnen und Senioren Rechnung tragend darf nicht der Eindruck entstehen, dass öffentliche Cafés wieder öffnen, aber die familiäre Kaffeetafel bei den Großeltern untersagt bleibt.
- Damit Kontaktmöglichkeiten der Senioren zu Angehörigen und Helfenden schneller wieder möglich werden können, sollte geprüft werden, ob stabile Kleingruppen den Sicherheits- wie den Kontaktanforderungen entsprechen können. Gruppen, deren Mitglieder außerhalb der Gruppe nur begrenzte bzw. geschützte Kontakte haben, könnten die Isolationsfolgen deutlich verringern. Außer den Senioren könnten diesen Gruppen nahe Angehörige oder nicht wechselnde ehrenamtliche oder professionelle Helfer angehören.

IV. Vielerorts gibt es bereits kreative Ideen und Konzepte. Wir fordern die Bundes seniorenministerin auf, die weitere Entwicklung der Konzepte in den Ländern zu koordinieren und Perspektiven für die Seniorinnen und Senioren in Deutschland zu erarbeiten. Hierfür sollte der Rat von Wissenschaftlern, Ethikern und Vertretern der Religionsgemeinschaften, von in der Pflege von Senioren tätigen Trägern und Beratungseinrichtungen sowie von Vertretern von Seniorenorganisationen eingeholt werden. Außerdem muss geprüft werden, wie der Zugang zur Pflegezeit und Familienpflegezeit für die pflegenden Angehörigen in der Corona-Zeit angepasst werden kann.

Wir haben die soziale und ethische Verantwortung, unseren Senioren in dieser Corona-Krisenzeit Perspektiven einer Rückkehr zu den familiären Begegnungen und sozialen Kontakten zu öffnen. Wir sind die Lobby der vielen verunsicherten und teilweise alleingelassenen älteren Menschen in unserer Gesellschaft. Sie warten auf ihre Perspektive zu mehr Begegnungen und Kontakten in ihrem ihnen und uns so kostbaren Leben.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin